



BÜNDNIS DER BÜRGERINITIATIVEN KEIN FLUGHAFENAUSBAU – FÜR EIN NACHTFLUGVERBOT

Über 80 Initiativen im Rhein-Main-Gebiet



Frankfurt, 22.05.2025

Ultrafeinstaub: Lieber doch nicht genau hinsehen ?

In einem sog ‚Austauschtreffen‘ am 16.05. haben Vertreter des Projekts SOURCE FFR sowie des „Forums Flughafen und Region“ (FFR) und des „Umwelt- und Nachbarschaftshaus“ (UNH) Vertreter der Bürgerinitiativen der Region über den Stand des ersten Teils des Projekts, der ‚Belastungsstudie‘, und die Maßnahmen zur Einleitung des zweiten Teils, der ‚Wirkungsstudie‘, informiert

Die Belastungsstudie dient zur Messung und Modellierung der Ultrafeinstaub-Belastung der Region und der Bestimmung des Anteils des Flugverkehrs daran. Die Wirkungsstudie sollte ursprünglich feststellen, inwieweit diese Belastungen zur Entstehung oder Verstärkung von Krankheiten bei unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen der Region beiträgt,

Während die Belastungsstudie anscheinend gute Fortschritte macht und die Modellierung erste Ergebnisse liefert, ist die Wirkungsstudie von Skandalen geplagt, die das Schlimmste befürchten lassen.

Bereits im Juli letzten Jahres hatte das FFR-Leitungsgremium entgegen den Empfehlungen der selbst beauftragten ‚Designstudie‘ und entgegen dem Rat der eigenen ‚Wissenschaftlichen Qualitätssicherung‘ diesen Studienteil auf weniger als ein Drittel des geplanten Umfangs gekürzt, obwohl wichtige Zusammenhänge wie die Wirkungen der besonders hohen Belastung auf dem Flughafen-Vorfeld oder die besondere Toxizität der von Flugzeugturbinen erzeugten ultrafeinen Partikel bereits vorher ausgeklammert worden waren.

Im Sommer 2024 scheiterte auch noch der Versuch einer Ausschreibung der verbliebenen Reste an einer dilettantischen Aufgabenbeschreibung und an Vertragsformulierungen, die nur als dreiste Attacke auf die Wissenschafts- und Forschungsfreiheit gewertet werden können.

Das FFR macht Budget-Beschränkungen für die Reduzierung des Umfangs der Untersuchungen verantwortlich, bestreitet aber Kürzungen, und leugnet alle Mängel in den laufenden Ausschreibungen. Das ist völlig unglaubwürdig.

- Die Ankündigung dessen, was alles untersucht werden sollte, waren am Anfang des Projekts wesentlich umfangreicher, und an den Kosten für derartige Untersuchungen hat sich nichts Dramatisches geändert.
- Niemand beauftragt eine teure Designstudie, wenn ohnehin kein Budget für mehrere Untersuchungen zur Verfügung steht.

Derzeit läuft der zweite Versuch der Ausschreibung, bei dem die beiden verbliebenen Untersuchungs-Module getrennt ausgeschrieben wurden bzw. werden. Trotz Veränderungen in den Aufgabenbeschreibungen und im Vertragsentwurf bleiben die wesentlichen Mängel bestehen. Insbesondere besteht das UNH als Auftraggeber weiterhin darauf, alle Veröffentlichungsrechte übertragen zu bekommen und räumt sich das Recht ein, die Ergebnisse für die Veröffentlichung zu bearbeiten und zu verändern oder sie auch garnicht zu veröffentlichen.

Zusammen mit den Attacken von Umweltminister Jung gegen die Fortschritte in der EU-Luftqualitätsrichtlinie in der Umweltministerkonferenz letzte Woche, die sich auch gegen die Verpflichtungen zur Messung von Ultrafeinstaub richteten, wird deutlich, dass die schwarz-rote Landesregierung ein umfassendes Roll-back in der Luftreinhaltung plant, in dem insbesondere das Thema Ultrafeinstaub von der Tagesordnung verschwinden soll. FFR und UNH exekutieren diesen Politikwechsel gehorsam in ihrem Verantwortungsbereich.

Dies führt nicht nur zu einer unglaublichen Verschwendung von Steuergeldern, indem die Ergebnisse der aufwändigen Belastungsstudie nicht oder nur völlig unzureichend genutzt werden, um neue und belastbare Aussagen über die gesundheitlichen Wirkungen von Ultrafeinstaub zu gewinnen. Es ist auch ein gigantischer Betrug an der Bevölkerung des Rhein-Main-Gebiets, die unter den erheblichen Belastungen des Flugverkehrs zu leiden hat, die künftig auch noch weiter steigen sollen, aber über deren Folgen im Unklaren gelassen wird.

Diese ideologisch bornierte, unmenschliche Politik, die wirtschaftliches Wachstum auf Kosten von Gesundheit, Umwelt und Klima durchsetzen will, muss gestoppt werden. Das Bündnis der Bürgerinitiativen fordert:

Die gesundheitlichen Wirkungen der Belastungen durch Ultrafeinstaub aus dem Flugverkehr und aus anderen Quellen müssen im vollen Umfang aufgeklärt werden. Dazu müssen

- die UFP-Wirkungsstudie im Projekt SOURCE FFR im vollem ursprünglich angekündigten Umfang durchgeführt werden,
- besonders hoch belastete Personen, insbesondere die Mitarbeiter*innen auf dem Flughafen-Vorfeld und in anderen hochbelasteten Bereichen, einbezogen werden,
- die möglichen besonderen toxischen Eigenschaften der ultrafeinen Partikel aus Triebwersölen untersucht werden.

Die Belastungen durch UFP aus dem Flugverkehr müssen so schnell wie möglich reduziert werden. Dazu müssen

- der Flughafen künftig ausschließlich schwefelfreies und aromaten-armes Kerosin anbieten
- unnötiger Flugverkehr wie Kurzstreckenflüge verboten werden

Die Anstrengungen zur Luftreinhaltung müssen insgesamt verstärkt werden. Dazu müssen

- die Vorschriften zur Messung der Ultrafeinstaub-Belastung aus der EU-Luftqualitätsrichtlinie sofort und in vollem Umfang umgesetzt werden
- die neuen Grenzwerte für Luftschadstoffe aus der EU-Richtlinie in einem engen Zeitfenster umgesetzt und in einem weiteren Schritt den Werten der WHO-Richtlinie angeglichen werden.

Für Rückfragen stehen Vertreter*innen des BBI gerne zur Verfügung. Auch weiteres Quellenmaterial zu den erwähnten Punkten kann zur Verfügung gestellt werden (Kontakt Daten siehe unten)

Das „Bündnis der Bürgerinitiativen - Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr“ (BBI), ist ein Zusammenschluss von mehr als 80 Initiativen. Das Bündnis streitet für die Wiedergewinnung und den Erhalt der Lebensqualität der Menschen im Rhein-Main-Gebiet. Es setzt sich für die Schaffung einer lebenswerten Region ein und fordert den Schutz der Menschen vor den schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs und erklärt sich solidarisch mit allen von Verkehrslärm und Schadstoffbelastung betroffenen Menschen. Das Bündnis fordert einen verantwortungsvollen Umgang mit der Mobilität. Die gemeinsamen Ziele sind:

- Verhinderung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens und anderer Flughäfen in der Region.
- Kein Terminal 3 – Sofortiger Baustopp!
- Schaffung von nächtlicher Ruhe durch ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.
- Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürgerinnen und Bürger.
- Verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie; Stopp der Subventionen.
- Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 pro Jahr und Reduzierung der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet.
- Stilllegung der Landebahn Nordwest.

Kontakt: Monika Wolf, Knut Dörfel, Michael Flörsheimer, Berthold Fuld Bündnissprecher*innen
Email: sprecher@flughafen-bi.de
Mobil: 015789683516